



An die Mitglieder
aller Fraktionen
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Ilse Aigner

Bundesministerin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 - 3162

FAX +49 (0)30 18 529 - 4262

E-MAIL poststelle@bmelv.bund.de

INTERNET www.bmelv.de

DATUM 23.06.2011

Europäisches Hilfsprogramm für Landwirte

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

uns allen ist bewusst, dass wir durch das Auftreten des EHEC-Erregers seit Mai diesen Jahres und seine Folgen mit einer sehr ernsten Lage konfrontiert sind. Die Fachbehörden des Bundes und der Länder sowie die Mikrobiologen und Klinikärzte haben seit Beginn des Geschehens unter Einsatz aller Kräfte an der Aufklärung und Bewältigung des Geschehens gearbeitet. Das Krisenmanagement hat gut funktioniert – die Europäische Kommission hat Deutschland dafür ausdrücklich gelobt.

Bei einem so ernsten Geschehen mit Todesfällen und zahlreichen Intensivfällen war es die Pflicht des Robert Koch-Institutes (RKI) und des Bundesinstitutes für Risikobewertung (BfR), ihre Erkenntnisse möglichst frühzeitig öffentlich zu machen, um die Bürger zu informieren. Daher haben die genannten Einrichtungen am 25. Mai 2011 gemeinsam Verzehrhinweise veröffentlicht, die die Verbraucher auf Risiken beim Verzehr von Tomaten, Salatgurken und Blattsalaten insbesondere in Norddeutschland aufmerksam machten. Am 5. Juni hat dann das Land Niedersachsen vor dem Verzehr von Sprossen gewarnt. Solche Entscheidungen fallen nicht leicht, wenn man sich der wirtschaftlichen Konsequenzen für manche Erzeuger bewusst ist. Viele hochwertige Lebensmittel, in denen ehrliche und harte Arbeit steckt, mussten vernichtet werden. Ich bin dennoch nach wie vor fest davon überzeugt, dass es angesichts der Schwere des Krankheitsbildes die Pflicht des RKI und des BfR war, ihre Erkenntnisse möglichst frühzeitig öffentlich zu machen. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher hatte und hat absolute Priorität.

Dank intensivster Recherchen und der hiernach möglichen Eingrenzung auf Sprossen konnte am 10. Juni die allgemeine Empfehlung zu Tomaten, Salatgurken und Blattsalat zurückgenommen werden.

Da sich weite Teile der Bevölkerung an den Verzehrhinweisen orientiert haben, hat der europäische und insbesondere auch der deutsche Gemüsebau durch die Kaufzurückhaltung massive Einbußen erlitten. Viele Landwirte sind unverschuldet Opfer der Krise geworden. Dabei handelt es sich um ein europaweites Problem, so dass auch eine europäische Lösung angezeigt ist. Deshalb habe ich gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten die Zahlung von Entschädigungen bereits am 31. Mai 2011 in Ungarn beim Informellen Agrarrat auf die Agenda gesetzt und die Europäische Kommission um Prüfung entsprechender Maßnahmen gebeten. Wir sind der Europäischen Kommission dankbar, dass sie ein Hilfsprogramm für die von der EHEC-Krise betroffenen Gemüseerzeuger auf den Weg gebracht hat, bei dem insgesamt von Seiten der EU 210 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Gemüseerzeuger können - auch rückwirkend - eine Entschädigung erhalten, wenn sie bestimmte Salatsorten, Tomaten, Gurken, Paprika und Zucchini im Zeitraum vom 26. Mai bis 30. Juni 2011 nachweislich nicht vermarktet haben. Sie können diese Zahlungen unabhängig davon erhalten, ob sie Mitglied in einer Erzeugerorganisation sind oder nicht. Die Höhe des Ausgleichs für die einzelnen Produkte kann bis zu 50 Prozent des durchschnittlichen Marktpreises der letzten drei Jahre betragen. Bauern und Erzeuger müssen ihre Schäden umgehend bei den zuständigen Stellen der Länder melden und von diesen dokumentieren und kontrollieren lassen. Die Mitgliedstaaten melden wöchentlich den Finanzbedarf nach Brüssel. Nach dem 18. Juli wird schließlich der genaue Entschädigungsbetrag je Produkt von der EU-Kommission festgelegt, wenn die Mitgliedstaaten die Gesamtsumme des Finanzbedarfs gemeldet haben. Wird die Budgetgrenze von 210 Millionen Euro überschritten, wird die EU-Kommission eine proportionale Kürzung der Entschädigungsbeträge vornehmen. Erst dann ist klar, wie sich die Summe von 210 Millionen Euro auf die Mitgliedsstaaten verteilen wird.

Bund und Länder gehen die nationale Umsetzung gemeinsam zügig an. Deshalb habe ich die beigefügte Eilverordnung auf den Weg gebracht, die am 23. Juni in Kraft tritt. Aus ihr geht die grundsätzliche Zuständigkeit der Länder hervor. Mein Haus koordiniert gemeinsam mit der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung die Aktivitäten der Länder, so dass eine möglichst bundesweit einheitliche Durchführung des Hilfsprogramms gewährleistet wird. Weitere Informationen und Hinweise zu den in den Ländern zuständigen Stellen finden Sie unter www.bmelv.de.

Mir ist bewusst, dass der Kreis der betroffenen Landwirte über den hinausgeht, für den nun eine Entschädigung möglich ist. Mein Haus hat sich dafür eingesetzt, dass auch eine Entschädigung für „Salatarten“ wie Rucola oder Feldsalat, für Radieschen oder auch Sprossen erfolgen kann. Die Europäische Kommission ist dieser Forderung wie auch weiteren Forderungen anderer Mitgliedstaaten nicht nachgekommen. Wir bemühen uns weiterhin um eine Erweiterung der Produktliste in unserem Sinne.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Bundesregierung steht den Landwirten zur Seite. Wir haben stets auf klare Hinweise für die Verbraucher allergrößten Wert gelegt. Das hat zunächst zu deutlichen Umsatzeinbrüchen für die Gemüsebauern geführt, lässt aber jetzt nach Aufhebung der Verzehrwarnung für Salatgurken, Tomaten und Blattsalate auch wieder auf eine rasche Erholung des Marktes hoffen. Die Hinweise, die so präzise und rasch wie möglich, dabei stets auf Basis wissenschaftlichen Sachverstands erfolgt sind, geben nicht nur Verbrauchern Sicherheit. Sie geben nun auch den notwendigen Rückhalt für den Weg der Gemüsebauern aus einer schwierigen Situation.

Im Geschehen um den EHEC-Erreger und seine Folgen hat sich die Bundesregierung entschieden für den Schutz der Gesundheit und den vorsorgenden Verbraucherschutz eingesetzt. Zugleich kümmern wir uns um die betroffenen Landwirte: Bei vielen von ihnen geht es um die wirtschaftliche Existenz. Auch sie haben unsere Unterstützung verdient.

